

Große Anteilnahme am Schicksal Geflüchteter aus Afghanistan

Die Nachricht von der ersten Sammelabschiebung von Afghanen nach Afghanistan im Dezember, nach dem Rücknahmeabkommen zwischen der deutschen und der afghanischen Regierung, hat große Verunsicherung bei den Geflüchteten von dort und ihren deutschen Unterstützer*innen hervorgerufen. So war es kein Wunder, dass etwa 130 Menschen aus allen Teilen der Wetterau den Weg in die Veranstaltung zur momentanen Lage afghanischer Flüchtlinge in Deutschland gefunden haben.

Die Veranstalter vom Internationalen Zentrum Friedberg, Dekanat Wetterau und evangelischer Kirchengemeinde Friedberg konnten mit Unterstützung durch Christof Momberger, Rechtsanwalt für Ausländerrecht u.a. aus Friedberg, den schlimmsten Befürchtungen einiges entgegensetzen.

Zunächst kritisierte Johannes Hartmann vom IZF die Vorgehensweise des Innenministers, Druck auf die Entscheider des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auszuüben, härtere Kriterien bei ihren Entscheidungen über afghanische Flüchtlinge anzulegen. Tatsächlich ist die Zahl der Anerkennungen als Flüchtling oder die Gewährleistung „subsidiären Schutzes“ für Afghanen im letzten Halbjahr von 78% auf etwas über 60% gesunken, obwohl sich die Sicherheitslage in der gleichen Zeit eher weiter verschlechtert hat. Deutsche Gerichte, die nach der Ablehnung des Antrages bei Klagen gegen die Entscheidung des BAMF oft mit einer Überprüfung der Entscheidung befasst sind, haben auf zynische Art die Berechnung einer „beachtlichen Wahrscheinlichkeit“ zu sterben für Krisenregionen entwickelt. Danach wäre eine „Sterbewahrscheinlichkeit“ durch Angriffe und Anschläge der Taliban von 0,074% in Afghanistan kein Grund für die Gewährung von Schutz in Deutschland.

Auf die Frage eines Journalisten von „Monitor“, wie sich denn die Situation künftig entwickeln würde, antwortete der Innenminister, die Lage in allen Provinzen sei volatil. Das Wort bedeutet „schwankend“ oder „flüchtig“ und wäre, ins Politische übersetzt, als „nicht vorhersehbar“ zu verstehen. Für reisende Bundesbürger hat das Auswärtige Amt Reisewarnungen ausgegeben: „Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein. Auch bei von professionellen Reiseveranstaltern organisierte Einzel- oder Gruppenreisen besteht unverminderte Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden.“

Die deutsche Öffentlichkeit sieht diese Widersprüche ganz klar und daher hat es auch schon mehrere Demonstrationen gegen Sammelabschiebungen am Frankfurter Flughafen gegeben. Gegen die 2. für den 10.1. 2017 geplante Sammelabschiebung protestierten über 1.000 Menschen in Frankfurt. Sie hat bisher nicht stattgefunden.

So konnte Rechtsanwalt Momberger die Anwesenden etwas beruhigen: Kranke, Familien, Frauen und Kinder sowie Jugendliche würden momentan nicht abgeschoben. Bei den eher betroffenen jungen Männern spielten die individuellen Fluchtgründe eine wichtige Rolle.

Viele konkrete Fragen konnte er beantworten. Eine große Anzahl der anwesenden Geflüchteten sprachen schon gut Deutsch. Trotzdem war es hilfreich, dass Adela Yamini vom IZF komplizierte Zusammenhänge übersetzen konnte. Fragen, die nicht geklärt werden konnten, sollen in einem weiteren Treffen nur mit den Geflüchteten und ihren Helfer*innen nachbesprochen werden.

Die Tatsache, dass so viele Unterstützer*innen an der Veranstaltungen teilnahmen und engagiert mitdiskutierten, zeigte deutlich, welch großen Anteil sie am Schicksal ihrer „Schützlinge“ nehmen und dass die meisten jungen Männer aus Afghanistan sich große Mühe geben, Deutsch zu lernen und sich in die deutsche Gesellschaft einzuleben.



Bis auf den letzten Platz gefüllt waren Stühle und Tische im Gemeindezentrum West